



NR° 2  
Mai 2026

# AKZENTE.

Aktuelle Informationen der Evangelischen Volkspartei



Foto: zVg

## GUIDO FLURI: VOM TANKWART ZUM MILLIONÄR – VOM MILLIONÄR ZUM AKTIVISTEN

AZB  
3001 Bern

PostCH AG

Guido Fluri gehört zu den 300 reichsten Menschen der Schweiz. Aufgewachsen ist er in Armut, ohne Vater, mit einer psychisch kranken Mutter. Was ihn durch diese Kindheit trug und wie sein Erfolg ihn zu einem der engagiertesten Philanthropen des Landes machte, erzählt er im Interview. (Seite 6-7)

Als Kind musste Guido Fluri mit seiner Mutter beim Dorfladen anschreiben lassen. Die Mutter psychisch krank, den Vater nie kennengelernt, Fremdplatzierungen, Schicksalsschläge. Wer damals auf ihn schaute, sah ein «versündigtes» uneheliches Kind, einen Lehrabbrecher, einen schwierigen Jungen – und sagte ihm das auch: «Aus dir wird nichts werden.» Heute gehört Fluri zu den 300 reichsten Menschen der Schweiz. Seinen Aufstieg verdankt er einem Gespür für unterbewertete Liegenschaften – und dem unbedingten Willen, nie mehr in jene Situation zurückzukehren, in der er aufgewachsen war. Mit seinen gesparten 5'000 Franken kaufte er ein Stück Land, bebaute es und verkaufte es gewinnbringend weiter. Der Grundstein war gelegt. Doch der eigentliche Antrieb war nie, reich zu werden – er wollte schlicht nie mehr anschreiben müssen.

### Mit Reichtum kommt Verantwortung

Fluri blieb nicht einfach Unternehmer. Aus eigenem Erleben weiss er, was es bedeutet, wenn niemand hinschaut, wenn niemand fragt, warum sich ein junger Bursche so verhält. Heute tut er genau das – mit seiner Stiftung, mit politischem Engagement und mit der Internet-Initiative, die er lanciert hat, um Menschen vor Betrug und Übergriffen zu schützen. Man spürt sein Mitgefühl und wie ernst es ihm ist, wenn er die Verantwortung betont, die mit grossem Vermögen verbunden ist. Im Gespräch für den neuen EVP-Podcast «Wertekompass» erzählt Fluri von seiner Kindheit, seinem Glauben und seinen Werten – und warum Reichtum ihn nicht von anderen Menschen entfernt hat, sondern näher zu ihnen brachte. (Siehe Seite 6-7) (dt)

### INTERNET-INITIATIVE

3

Online-Plattformen müssen endlich Verantwortung für illegale Inhalte übernehmen. Jetzt beigelegten Bogen unterschreiben!

### ABSTIMMUNGEN

4, 8

Neue Hürden gegen den Zivildienst und Bevölkerungsdeckel von 10 Millionen: Die EVP empfiehlt 2x Nein.

### NEUER EVP-PODCAST

12

«Wertekompass – Orientierung im Polit-Dschungel» – so heisst der neue Podcast der EVP. Jetzt reinhören!

KI-GEWALT STOPPEN!



Foto: Rebekka Sufer

Ein deutscher Schauspieler, der mutmasslich über ein Jahrzehnt Fake-Profile seiner Frau erstellte, mit anderen Männern in ihrem Namen mit KI-Stimme sexuelle Gespräche führte und pornografische Inhalte verschickte. Ein Gruppenchat mit dutzenden Männern, die Fotos von Schweizer Influencerinnen mit KI in Pornos verwandelten. Sekundarschüler, die KI-Nacktbilder von Mitschülerinnen generierten und verschickten.

In den letzten Wochen und Monaten wurden immer wieder Fälle bekannt, die abscheuliche Taten sexualisierter Gewalt im Internet – speziell mit Hilfe von KI – aufdeckten. Diese Fälle lösen bei mir Betroffenheit für die Opfer, Bewunderung für ihren Mut und gleich doppelt Wut aus. **Betroffenheit**, weil ich mit den Mädchen und Frauen – die Opfer sind fast immer weiblich –, die in ihrer sexuellen Integrität verletzt wurden, mitfühle. Es ist wohl nur die Spitze des Eisbergs – das Ausmass des sich zuspitzenden Problems ist immens. **Bewunderung** empfinde ich, weil ich mir kaum vorstellen kann, wie viel Mut es braucht, als Opfer dieses Unrecht öffentlich zu machen, hinzustehen und sich zu wehren. Frauen wie Collien Fernandes und den Schweizer Influencerinnen Agnes, Faye, Nathi, Alisha und Franny sowie zuvor schon Gisèle Pelicot verdanken wir eine unglaublich wichtige Debatte, die zu Veränderungen führen muss.

Die Fälle machen mich aber auch jedes Mal **wütend**. Zum einen, weil den Männern – die Täter sind fast immer männlich – hinter diesen Taten offensichtlich ein moralischer Kompass sowie der Respekt vor Frauen fehlen, sodass sie ohne schlechtes Gewissen die Integrität ihrer Opfer verletzen. Und zum anderen, weil unser Recht hier scheinbar hinterherhinkt: Täter und speziell auch Plattformbetreiber, die KI-Programme eigens für diese sexualisierte Gewalt entwickeln, werden kaum belangt. Dass der Bundesrat in seinem Vorschlag zur Regulierung von Online-Plattformen keine Rechtsgrundlage schaffen will, ist unverständlich.

Umso mehr braucht es deshalb jetzt die **Internet-Initiative**, die wir Ihnen in dieser Akzente-Ausgabe inhaltlich und mit Initiant Guido Fluri gerne näherbringen und zur Unterzeichnung empfehlen.

*Lilian Studer*

**Herzlich  
Lilian Studer**  
Parteipräsidentin EVP Schweiz

Beschlossen von der Delegiertenversammlung am 28. März 2026 für die Abstimmungen vom 14. Juni 2026



«NACHHALTIGKEITSINITIATIVE»

NEIN



ÄNDERUNG DES ZIVIL-DIENSTGESETZES

NEIN

IMPRESSUM

**AKZENTE: Publikationsorgan der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**  
Das Abonnement erneuert sich jährlich automatisch, wenn es nicht zwei Monate vor Ablauf gekündigt wird. CHF 15.– / Jahr  
**Herausgeber:** EVP Schweiz, PF, 3001 Bern, 031 351 71 71, info@evppev.ch, evppev.ch  
**Chefredaktion:** Dominic Täubert  
**Grafik:** Nadja Röthlisberger  
**Lektorat, Adressen und Aboverwaltung:** Monika Loosli, 031 351 71 71

**Druck und Vertrieb:** Jordi AG, Belp  
**Copyright:** Wiedergabe mit Genehmigung der EVP gestattet.  
**An dieser Ausgabe haben mitgearbeitet:** Nik Gugger, Marc Jost, Elia Leiser, Monika Loosli, Philippe Messerli, Michael Mutzner (mm), Gergey Rüegg, Lilian Studer, Dominic Täubert (dt), Sibylle Treu.

Herzlichen Dank allen für ihr Engagement!



DIE EVP AUF SOCIAL MEDIA

- EVP / PEV
- @evppev
- EVP Schweiz
- @evppev
- @evp\_peg
- @evppev

**PROSPERITA**  
Die christlich-ethische Pensionskasse

Eine sinnhafte und sichere Heimat für die berufliche Vorsorge.

Mehr erfahren prosperita.ch

Anzeige



Foto: zVg

## Menschenrechte für ALLE

Wir sind eine Partei, in der Meinungsfreiheit gelebt wird, in der gegen das Mehr gestimmt werden darf, in der Diskriminierung abgelehnt wird.

Was mich beschäftigt? Eine jüdische Freundin: «Wir leben in der Schweiz in Angst vor antisemitischen Übergriffen.» Eine Ex-Prostituierte: «Ich bin ja nur eine Putzfrau.» Ein Drogenabhängiger: «Man nennt mich perspektivlos.»

Wir leben in einem Land, in dem Gleichberechtigung gepredigt und Ausgrenzung gelebt wird — in dem «Menschenrechte» propagiert, aber nicht umgesetzt werden. Denn diese gelten nur dann als solche, wenn ALLE 8 Charakteristika zutreffen. Neben Universalität und Unveräusserlichkeit auch individuelle Geltung. Keine Privilegien werden verlangt, nur gleiches Messen. Unabhängig von Herkunft, Beruf oder Religion.

Lehnen wir Diskriminierung, Rassismus, Antisemitismus wirklich ab? Dann darf keine Mitbürgerin in Angst leben, keine Frau sich reduzieren, kein Mensch perspektivlos sein.

Lasst uns einstehen für JEDEN Schwachen. Ohne Wenn und Aber. So steht es in der Präambel zur Bundesverfassung. Und in Gottes Wort: Was ihr einem dieser Geringsten getan habt, das habt ihr mir getan (Mt 25,40 LUT).

### SIBYLLE TREU

Vorständin EVP Frauen Schweiz

# KINDER SCHÜTZEN MIT DER INTERNET-INITIATIVE!

Kindsmissbrauch, Cyberbetrug, ausländische Desinformationskampagnen – auf digitalen Kommunikationsplattformen, Suchmaschinen und KI-Portalen werden massenhaft illegale, kriminelle und staatsgefährdende Inhalte verbreitet. Die EVP will diesem Treiben nicht länger zusehen und engagiert sich an vorderster Front für die Internet-Initiative. Nur so lassen sich Gesellschaft und Demokratie wirksam schützen.



Foto: unsplash.com

Die Schweiz ist im digitalen Raum eine Bananenrepublik: Im Internet gibt es hierzulande keinen echten Schutz. Anders als in der EU, wo die Tech-Konzerne ihr Geschäftsmodell anpassen mussten, ist in der Schweiz noch immer zu viel möglich.

Brutalste Gewalt- und Missbrauchsbilder, Cyberkriminalität und ausländische Desinformationskampagnen – die Tech-Giganten verbreiten ohne Rücksicht illegale Inhalte und fügen der Bevölkerung mit ihrem Geschäftsmodell Schaden zu.

## Überparteiliches Anliegen zum Schutz der Grundrechte und Demokratie

Die digitale Verbreitung pädokrimer Inhalte hat in den letzten Jahren auch in der Schweiz massiv zugenommen. Technische Entwicklungen wie etwa Live-Streaming schaffen neue Möglichkeiten für Täter. Künstliche Intelligenz, die Kinder auf Knopfdruck in einem sexualisierten Kontext darstellt, führen zu neuen Missbrauchsformen.

Dass man dagegen vorgehen muss, ist keine Frage von links und rechts. Wir alle wollen ein freies und sicheres Internet, wo unsere Rechte und unsere Demokratie geschützt sind. Genau dafür steht die Internet-Initiative ein. Deshalb haben neben mir Nationalrätinnen und Nationalräte aus allen grösseren Parteien die Einladung von Guido Fluri (siehe Seite 6-7) ins Initiativkomitee angenommen.

## Gefahren im Internet: Klicks vor Verantwortung

Die Internet-Initiative nimmt die Tech-Konzerne in die Verantwortung. Denn sie sind keine neutralen Pöster, die eine Zeitung in den Briefkasten legen und mit dem Inhalt nichts zu tun haben. Sie bestimmen selbst, was wann wie ausgespielt wird. Diese algorithmischen Prozesse orientieren sich an marktwirtschaftlichen Interessen: Die Tech-Konzerne wollen die Nutzenden möglichst lange auf ihren Plattformen behalten, da sie ihnen so möglichst viel Werbung anzeigen können. So spie-

len gewisse Plattformen heute auch betrügerische Werbung aus und verdienen so indirekt Milliarden an kriminellen Machenschaften, während die Nutzerinnen und Nutzer ihr Geld verlieren.

Genau hier setzt die Internet-Initiative an. Plattformen und Anbieter von KI-Systemen dürfen sich nicht mehr damit begnügen, ihre Reichweite zu optimieren, sondern müssen auch Risiken begrenzen. Die Initiative steht damit in einem internationalen Kontext: Seit zwei Jahren kennt die EU sehr ähnliche Schutzmechanismen.

## Jetzt unterschreiben!

Die ersten 10'000 Unterschriften sind bereits nach zwei Wochen zusammengekommen. Unterschreiben auch Sie, damit wir rasch ein starkes Signal an Bundesrat und Parlament senden und den Schutz im digitalen Raum rechtlich verankern können!

**NIK GUGGER, NATIONALRAT**  
[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)

## KEINE SCHIKANE VON ZIVIS!

Zahlreiche Steine sollen in den Weg gelegt werden, wenn man das Sturmgewehr abgeben und in Zivil seinen Dienst leisten möchte. Die geplante Änderung des Zivildienstgesetzes trifft damit Menschen, die aus Gewissensgründen keinen Militärdienst mehr leisten können. Die Folgen sind ein Leistungsabbau dort, wo es am meisten schmerzt: in Pflege, Betreuung, Bildung und Umweltschutz.



Foto: © ZIVI

Nochmals zusätzliche Diensttage, wenn man im Militär bereits viele geleistet hat, ein langer Einsatz im ersten Jahr für Personen in der RS sowie eine jährliche Einsatzpflicht, die Zivildienst und Beruf, Familie oder Ausbildung schwerer vereinbar macht. Bundesrat und Parlament wollen den Zivildienst so aus rein strategischen Gründen unattraktiv

machen mit dem Ziel: 40 Prozent weniger Zulassungen.

### Gewissensfreiheit unter Druck

Der Zivildienst ist Ausdruck der Gewissensfreiheit. Wer aus Überzeugung keinen Militärdienst mehr leisten kann, muss eine echte Alternative haben. Genau das wird mit der Gesetzesänderung untergraben. Neue

Einschränkungen erschweren den Übertritt und machen ihn schwer vereinbar mit Beruf, Familie und Ausbildung.

«Wer aus Gewissensgründen keinen Militärdienst mehr leisten kann, darf nicht mit zusätzlichen Hürden bestraft werden. Der Zivildienst ist Ausdruck der Gewissensfreiheit und muss zugänglich bleiben.»

### Schaden für Gesellschaft und Versorgung

Die Folgen gehen über die Betroffenen hinaus. Zivildienstleistende leisten einen wichtigen Beitrag in Pflege, Betreuung, Bildung und Umweltschutz. Wird der Zugang erschwert, droht ein spürbarer Leistungsabbau in genau jenen Bereichen, die bereits heute stark gefordert sind.

### Falsche Antwort auf ein fragwürdiges Problem

Die Vorlage versucht, den Armeebestand zu sichern, indem sie den Zivildienst schwächt. Ob dieses Ziel überhaupt erreicht wird, ist unklar. Sicher ist hingegen: Die Massnahmen setzen am falschen Ort an und lösen kein strukturelles Problem, sondern schaffen neue.

Die Delegierten der EVP haben die Vorlage mit 76 Nein zu 12 Ja bei 3 Enthaltungen klar abgelehnt. Diese Änderung ist unnötig, unausgewogen und schädlich. Wer Gewissensfreiheit ernst nimmt und die wichtigen Leistungen des Zivildienstes sichern will, sagt Nein.

MARC JOST, NATIONALRAT  
marc.jost@parl.ch

### Das spricht dagegen:

- **Leistungsabbau:** Die Anzahl an Zivildienstleistenden soll reduziert werden, diese wiederum fehlen dann im Sozial-, Schul- und Gesundheitswesen, im Natur- und Umweltschutz sowie in der Land- und Alpwirtschaft.
- **Keine Stärkung der Armee:** Wenn der Übertritt in den Zivildienst erschwert wird, lassen sich mehr medizinisch ausmustern. Dies schwächt den Zivildienst, ohne die Armee zu stärken.
- **Armee ist nicht gefährdet:** Die Armeebestände sind nicht gefährdet. Die Armee zählt viele Soldaten gar nicht zum Effectivbestand, obwohl diese jederzeit mobilisiert werden könnten.

### Diese sechs Änderungen beinhaltet das neue Gesetz:

- Mindestens 150 Zivildiensttage, selbst wenn man nur noch wenige Militärdiensttage zu leisten hätte.
- Faktor 1.5 Zivildiensttage pro verbleibendem Militärdiensttag gilt auch für Unteroffiziere und Offiziere, obwohl diese mit der Beförderung bereits zu zusätzlichen Diensttagen verpflichtet wurden.
- Keine Einsätze, die ein Medizinstudium erfordern, obwohl damit besonders wertvolle Einsätze geleistet werden könnten.
- Jährliche Zivildienst-Einsatzpflicht ab der Zulassung, ungeachtet der Umstände in Familie, Beruf oder Ausbildung.
- Keine Zulassung bei null verbleibenden Diensttagen, obwohl damit Personen mit entstandenem Gewissenskonflikt im Ernstfall aufgeboten würden.
- Pflicht, den langen Einsatz spätestens im nächsten Kalenderjahr nach der Zulassung zu erfüllen, wenn das Gesuch während der Rekrutenschule gestellt wird, einzig um die Vereinbarkeit mit anderen Verpflichtungen zu erschweren.

## GESCHICHTE DES ZIVILDIENTSTES: VON GEFÄNGNISSTRAFEN BIS ZUM TATBEWEIS

12'000 Männer wurden zwischen 1968 bis 1996 zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie sich weigerten, Militärdienst zu leisten. Mehrere Monate Freiheitsentzug, ein Eintrag im Strafregister und Einschränkungen bei der Berufswahl waren die Folgen, welche diese jungen Männer für ihre tiefe Überzeugung auf sich nahmen. Nur knapp gehörte Heiner Studer nicht zu diesen Dienstverweigerern. Der alt Nationalrat und «Vater des Tatbeweises» erzählt aus einem Kapitel Schweizer Polit-Geschichte, welches die EVP massgebend prägte.

Fotos: Nadja Röthlisberger



**Heiner Studer, 77,** war von 1970 bis 1976 EVP-Zentralsekretär (heute Generalsekretär), von 1999 bis 2007 Aargauer Nationalrat und anschliessend von 2008 bis 2014 Parteipräsident der EVP Schweiz. 2010 war er Gründungspräsident des Zivildienstverbandes CIVIVA.

### Heiner Studer, du wurdest 1968 gemustert. Hast du dich da der Dienstpflicht gefügt?

Ich wurde einem Grad zugeteilt, den es heute nicht mehr gibt: dem Hilfsdienst (HD) – ich habe schliesslich 12 Jahre Zivilschutz geleistet. Wenn ich als tauglich für den Dienst an der Waffe erklärt worden wäre, hätte ich aber verweigert und wäre unweigerlich im Gefängnis gelandet. Dazu war ich bereit.

### Der Militärdienst ist seit 1874 in der Schweizer Verfassung verankert. Welchen Stellenwert hatte die Dienstpflicht damals?

Diese Phase war geprägt von zwei Weltkriegen. Es war damals normaler als heute, dass junge Männer im Militär waren. Auch in der Wirtschaft galt eine Karriere im Militär als Voraussetzung für einen Führungsposten in der Wirtschaft. Wer bereits in den 20er- oder 30er-Jahren verweigerte – ich

kenne einige – die hatten es nicht einfach.

### Was genau haben Dienstverweigerer damals durchgemacht?

Wer verweigerte, tat dies aus einer tiefen Überzeugung, dass man den Dienst nicht mit dem eigenen Gewissen vereinbaren kann. Die Konsequenzen nahm man auf sich. Sie gingen aber über die Haftstrafen an sich hinaus: In vielen Kantonen konnte man später aufgrund der Vorstrafe den Beamtenstatus nicht erhalten – im Kanton Graubünden weiss ich von einem Mann, dem deswegen gar verwehrt wurde, Pfleger zu werden.

### Versuche, einen zivilen Ersatzdienst einzuführen, scheiterten zwei Mal vor dem Volk. Warum?

Das war auch eine Generationenfrage. Die vom Krieg geprägten Generationen wollten keinen Zivildienst. Die Volksabstimmungen legten aber den Grundstein für später: Für die Tatbeweis-Initiative war ich zwei Monate beinahe jeden Abend als Referent an Veranstaltungen und konnte diese Lösung erklären – auch wenn es noch nicht für ein Ja reichte.

### Wie positionierte sich die EVP?

Die EVP war immer für einen Zivildienst. EVP-Nationalrat Willy Sauser forderte bereits 1964 in einem Postulat, dass man für die Dienstverweigerung eine Lösung suchen müsse. Die Haltung war stets klar: Das Land braucht die Armee zur Verteidigung, aber es braucht auch einen zivilen Dienst, welcher der Gesellschaft dienen soll.

### 1993 wurde dann die Bundesverfassung um den zivilen Ersatzdienst ergänzt, 1996 wurde erstmals Zivildienst geleistet. Wie sah diese Anfangszeit aus?

Man hat damals jahrelang versucht zu klären, wer beurteilen kann, was ein Gewissenskonflikt ist. Für mich konnte man das bis zum Schluss nicht beantworten. Man startete damals also mit der Gewissensprüfung.

### Wie lief eine solche Gewissensprüfung ab?

Wer in den Zivildienst wollte, musste vor einer Kommission seinen Gewissenskonflikt begründen. Wer eloquent war, hatte es leicht und wer wusste, welche Fragen gestellt werden, konnte auch einfach sagen, was man hören wollte. So das Gewissen zu prüfen, war illusorisch.

### Das sah irgendwann auch das Parlament ein: Es war deine Motion für den Tatbeweis, der 2009 zum Systemwechsel führte. Warum ist diese Lösung besser?

Es war klar, dass der Tatbeweis – also die Bereitschaft mit dem Zivildienst einen längeren Dienst zu leisten – das einzige objektive Kriterium ist, um einen Gewissensentscheid glaubhaft festzustellen.

### Die Zahlen der Zulassungen zum Zivildienst sind danach stark gestiegen. Ist das ein Problem?

Nein, es ist ein Erfolgsmodell! Junge Männer bleiben im System, die sonst vielleicht den «blauen Weg» wählen und sich wegen angeblicher Beschwerden krankschreiben lassen. Im Zivildienst leisten sie damit weiterhin einen sinnvollen Dienst für die Gesellschaft. Das ist auch der grosse Denkfehler der aktuellen Angriffe auf den Zivildienst: Es ist eine Illusion zu glauben, dass weniger Zulassungen zum Zivildienst gleichzusetzen sind mit mehr Personen im Militär.

**INTERVIEW: DOMINIC TÄUBERT  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH**  
[dominic.taeubert@evppev.ch](mailto:dominic.taeubert@evppev.ch)



Alt Nationalrat Heiner Studer im neuen EVP-Podcast «Wertekompass».

# «REICHTUM IST DANN UNANSTÄNDIG, WENN MAN NICHT MEHR NACH LINKS UND NACH RECHTS SCHAUT.»

Guido Fluri wuchs in Armut auf, kennt seinen Vater nicht und erlebte, wie seine Mutter wegen einer Schizophrenie-Erkrankung immer wieder in die Psychiatrie eingewiesen wurde. Heute gehört er zu den 300 reichsten Menschen der Schweiz – und zu den engagiertesten Philanthropen des Landes. Im Gespräch für den neuen Podcast «Wertekompass» der EVP Schweiz spricht der Unternehmer und Aktivist über seine Kindheit, seinen Glauben und seinen Einsatz für ein sichereres Internet mit seiner neuen Internet-Initiative.

Foto: zVg



## Guido Fluri, 59,

ist verheiratet, hat 3 Kinder und wohnt in Hertenstein bei Weggis (LU). Er ist Unternehmer, Philanthrop und Aktivist. Als parteiloser Aktivist initiierte er 2013 die Wiedergutmachungsinitiative und 2026 die Internet-Initiative.



Foto: Dominic Täubert

Guido Fluri spricht im neuen EVP-Podcast «Wertekompass» über Leben, Engagement und Werte.

## Guido Fluri, deine Kindheit war nicht einfach. Wäre dein 10-jähriges Ich stolz auf den heutigen Guido Fluri?

Stolz lässt sich ja nicht an Materiellem messen. Ich bin stolz darauf, dass ich meine persönlichen Schicksalsschläge aufgearbeitet habe. Dass ich sie direkt anging – Themen, die mich im Leben begleitet und teilweise auch traumatisiert haben.

## Wie blickst du heute auf deine Kindheit zurück?

Ich war ein klassisches uneheliches Kind. Uneheliche Kinder sah man als «versündigt» an. Diese Stigmatisierung spürte ich. Das prägt einen im Leben. Es führt zu einem Gefühl: «Du bist nichts wert, du kannst nichts, aus dir wird nichts werden.» Das fehlt dann als Fundament, wenn man ins Leben hinausgeht. Das spürt man mit 20 – im fehlenden Selbstwertgefühl. Ich musste mir das dann selbst erarbeiten.

## Du hast trotzdem einen Weg gefunden. Was hat dich getragen?

Einerseits gab es zwei, drei Figuren, die entscheidend waren. Mein Onkel war für mich eine wichtige Orientierung. Als er an einem Autounfall starb – ich war zwölf – hat mir das wirklich komplett den Boden weggezogen. Ich musste die Lehre wiederholen, zog mich total zurück. Damals hat sich kaum jemand gefragt, warum sich dieser junge Bursche so verhält. Das war eine andere Zeit.

Andererseits hat mir der Glaube sehr viel gegeben. Die Orientierung an Jesus, an den Evangelien. Ich hatte immer das Gefühl, dass Jesus mir geholfen hat, dass ich bestehen konnte. Es war weniger die Institution der Kirche: Als Ministrant wurde ich als «Unehelichen» abgelehnt. Aber die Person selbst, dieser Wanderprediger, seine Botschaft – das hat mir Halt gegeben.

## Stigmatisierung, ein verheirateter Vater, den du nie kennengelernt hast. Wie bist du damit umgegangen?

Ich hatte nie einen Groll auf meinen Vater. Es heisst ja «ehre deinen Vater und deine Mutter», das war wichtig für mich. Es war so, wie es war, und ich habe das akzeptiert.

## Welcher Wert prägt dein Leben und Handeln besonders?

Ein Wert, der mich prägt, ist, dass ich gerne links und rechts schaue – hin zu den Menschen. Das Gefühl zu haben, im Leben von anderen Menschen echt etwas bewegen zu können, gibt mir Erfüllung, Hoffnung und Sinn.

*«Ich schaue gerne links und rechts - hin zu den Menschen.»*

«Nächstenliebe» klingt vielleicht verstaubt, aber der Kern stimmt.

Es bringt mir schlicht mehr, wenn ich etwas echt bewege – für Menschen, die in schwierigen Situationen sind. Das gibt mir Kraft, Hoffnung und Perspektive. Über Materielles oder Statussymbole würde ich das nicht finden – im Gegenteil, es würde mich seelisch einsam machen.

## Du gehörst zu den 300 reichsten Menschen der Schweiz. Das passt nicht zu dem Bild, das man sich von sehr vermögenden Menschen macht.

Eine Werteorientierung hat in erster Linie nichts mit Geld zu tun. Und ich bin auch nicht der Einzige, der sich sozial engagiert – es gibt viele vermögende Menschen, die Verantwortung wahrnehmen. Wir alle sollten das aber noch mehr machen. Das Gefälle der Wohlstandsverteilung wird immer grösser. Deshalb bin ich der Meinung, dass Menschen mit viel Geld in erster Linie eine Verantwortung haben, hier auch einen sozialen Ausgleich zu schaffen.

## INTERVIEW MIT MILLIONÄR UND AKTIVIST GUIDO FLURI

### Woher kam der Antrieb, viel Geld zu verdienen?

Ich wollte nie mehr eine Situation erleben wie als Kind. Mit meiner Mutter mussten wir in einem Tante-Emma-Laden anschreiben lassen – wir zahlen nächstes Mal. Irgendwann sagte mir die Frau: Jetzt muss deine Mutter zahlen. Dieses Gefühl hat mich nie losgelassen. Ich wollte nicht reich werden im Sinne von «300 Reichste» – das war nie das Ziel. Mein Urtrieb war es, dass ich nie mehr in eine solche Situation kommen wollte.

### Jetzt bist du weit davon entfernt, jemals wieder anschreiben lassen zu müssen. Gibt es für dich auch einen unanständigen Reichtum?

Reichtum ist dann unanständig, wenn man nicht mehr nach links und nach rechts schaut. Wenn man mit seinem Vermögen keine Verantwortung übernimmt, sondern dekadent durchs Leben geht – immer noch die grössere Yacht, der grössere Flieger, das grössere Haus – und dabei aufhört zu spüren, wie andere Menschen leiden. Dann ist es unanständig.

### Mit der Wiedergutmachungsinitiative 2013 hast du erfolgreich für Gerechtigkeit für Opfer von fürsorgeischen Zwangsmassnahmen gekämpft – dazu zählst du auch selbst. Was ist dein Antrieb für deine neue Internet-Initiative?

Man sieht, welche Dimensionen da abgehen. Das Internet wurde von ein paar wenigen Konzernen hochgezüchtet zur maximalen Aufmerksamkeit – dort geht es weniger um gute Inhalte. Wenn Gewalt und Radikalisierung im Raum stehen, gibt es mehr Klicks. Das geht in die falsche Richtung. Wir haben in diesem Land etwas zu verteidigen. Wir haben Werte



Guido Fluri mit Nationalratsmitgliedern aller Fraktionen bei der Lancierung der Internet-Initiative.

zu verteidigen. Wir haben unsere Kinder zu schützen.

### Was will die Internet-Initiative konkret ändern?

Sie nimmt die Tech-Konzerne in die Verantwortung, was die Verbreitung von illegalen, kriminellen und staatsgefährdenden Inhalten betrifft. Heute hat man in der Schweiz fast keine Möglichkeit, die Konzerne juristisch in die Verantwortung zu nehmen. Das muss sich ändern: Sie sollen verpflichtet werden, eine Rechtsvertretung in der Schweiz zu eröffnen. Wenn jemand auf Gewaltinhalte, sexualisierte Gewalt oder Deepfakes stösst, muss eine Meldung möglich sein – und die Konzerne müssen analysieren, Gegenmassnahmen ergreifen und Transparenz schaffen. Wir kontrollieren am Flughafen das Gepäck. In der Lebensmittelindustrie schützt man die Menschen durch Regulierung. Nur die Tech-Konzerne sollen frei sein, ohne jede Regulierung? Das geht so nicht mehr weiter.

### Wie gross ist das Problem konkret?

Weltweit gibt es im Netz Millio-

nen von Bildern mit pädokriminellem Inhalt. Jedes Bild ist ein Missbrauch an einem Kind. Betrügerische Werbung auf Plattformen von Meta zockt täglich vulnerable Menschen ab – Pensionäre, die ihr Geld

*«Wir haben in diesem Land etwas zu verteidigen. Wir haben Werte zu verteidigen. Wir haben unsere Kinder zu schützen.»*

verlieren. Die Konzerne verdienen daran in Millionenhöhe mit. Das geht schlichtweg nicht. Und dazu kommen Deepfakes, Chatbots, KI-generierte Missbrauchsbilder. Die künstliche Intelligenz führt zu neuen, massiven Missbrauchsformen.

### Die Schweizer Illustrierte titelte «Millionär Guido Fluri legt sich mit Tech-Giganten an». Ist das als kleine Schweiz nicht auch gefährlich gegen mächtige Gegner wie Zuckerberg, Musk, Altman – unterstützt durch US-Präsident Trump?

Ich schaue da nicht auf die Gegner. Ich bin bei den Menschen, bei jenen, die betroffen sind. Sie müssen eine Stimme erhal-

ten. Wir dürfen uns nicht unter Druck setzen lassen von irgendwelchen Ländern oder Lobbys. Wir haben Werte zu verteidigen. Wir ziehen die Initiative so durch – im Interesse unseres Landes und unserer Menschen.

### Du finanzierst die Initiative selbst. Wie viel Geld setzt du dafür ein?

Das ist noch unklar und abhängig davon, wie wir dann zum Beispiel das Lobbying angehen müssen. Die Ressourcen sind für dieses Projekt aber sicherlich gross – ein paar Millionen werden es dann sein. Und wenn man sieht, was wir damals mit der Wiedergutmachungsinitiative für Menschen erreicht haben, ein Stück Gerechtigkeit wiederhergestellt wurde: Jeder Franken war richtig angelegt. Das gilt hier genauso.

### Guido Fluri, herzlichen Dank für das offene Gespräch.

INTERVIEW: DOMINIC TÄUBERT  
LEITER KOMMUNIKATION EVP CH  
dominic.taeubert@evppev.ch

Neuer Podcast: «Wertekompass – Orientierung im Polit-Dschungel»  
Ganzes Gespräch jetzt hören über [polit-dschungel.ch](http://polit-dschungel.ch)



## OFFENHEIT SCHÜTZT – ABSCHOTTUNG SCHADET

Die Schweiz stimmt über die «Nachhaltigkeits-Initiative – keine 10-Millionen-Schweiz» der SVP ab. Diese verspricht, Wohlstand und Sicherheit durch strikte Zuwanderungsbegrenzung zu schützen. Ein Irrweg – und ein gefährlicherer dazu. Die Initiative würde nicht nur den Fachkräftemangel dramatisch verschärfen, sondern wohl auch zur Kündigung der Bilateralen führen. Das wäre kein Schutz der Schweiz – sondern ein Schuss ins eigene Knie. Die EVP sagt Nein.



Bild: nein-chaos.ch

**Schweiz lebt von Offenheit**  
Die Schweiz ist erfolgreich, weil sie offen ist – nicht trotzdem, sondern deswegen. Fachkräfte aus dem Ausland behandeln unsere Kranken, pflegen unsere Seniorinnen und Senioren, bauen unsere Infrastruktur und treiben unsere Wirtschaft voran. Ein Spital ohne ausländisches Pflegepersonal – undenkbar. Heute fehlen bereits Tausende Mitarbeitende im Gesundheitswesen. Ein starrer Bevölkerungsdeckel würde diesen Mangel dramatisch verschärfen – mit direkten Folgen für uns alle: längere Wartezeiten, überlastetes Personal, schlechtere Versorgung. Ohne gezielte Zuwanderung droht ein Versorgungskollaps – nicht nur in der Pflege, sondern auch im Handwerk, im Baugewerbe, im Tourismus und in der Landwirtschaft.

**Demografischer Wandel**  
Dazu kommt die Alterung der Bevölkerung. Jedes Jahr gehen 20'000 Menschen mehr in Pension, als junge Berufsleute nachrücken. In wenigen Jahren werden es 30'000 sein. Das gefährdet auch die AHV – denn das System funktioniert nur, wenn genügend Erwerbstätige einzahlen. Ohne Zuwanderung

gerät das Verhältnis zwischen arbeitender Bevölkerung und jener in Rente noch stärker in Schieflage.

**Deckel schafft Chaos**  
Die Initiative will einen starren Bevölkerungsdeckel in die Verfassung schreiben. Mit verheerenden Folgen bereits in wenigen Jahren: einem Fachkräfte-Chaos, einem Bilateralen-Chaos und einem AHV-Chaos. Die Marke von 9,5 Millionen Menschen – ab der laut Initiativtext erste Massnahmen ergriffen werden müssten – dürfte laut Prognosen bereits 2031 erreicht sein. Der nächste Schritt würde bei 10 Millionen Menschen noch vor 2050 folgen: Dann verlangt die Initiative die Kündigung der Personenfreizügigkeit, womit automatisch die gesamten Bilateralen I mit der EU gekündigt würden. Das hätte verheerende Folgen für den Land- und Luftverkehr, für die Forschung sowie für den Handel mit unserer wichtigsten Handelspartnerin.

**Pragmatische Lösungen**  
Ja, Zuwanderung bringt Herausforderungen. Steigende Mieten und Druck auf die Infrastruktur sind real. Doch der

schweizerische Weg war immer pragmatisch und lösungsorientiert – nicht planwirtschaftlich und bürokratisch. Die Antwort auf überlastete Infrastruktur ist Investition – nicht Abschottung.

Die Schweiz hat die bisher erfolgte Zuwanderung gut absorbiert. Integration und Wachstum sind Teil des Schweizer Erfolgsmodells. Dieses Modell jetzt für eine Verfassungsbestimmung mit starrem

Zahlenwert aufzugeben, wäre ein historischer Fehler.

**EVP sagt klar Nein**  
Die Delegierten der EVP haben mit 86 zu 3 Stimmen gegen die Initiative entschieden. Das ist ein klares Bekenntnis zu einer Schweiz, die offen, sozial und verantwortungsvoll bleibt. Jetzt liegt es an der Schweizer Stimmbevölkerung.

**NIK GUGGER, NATIONALRAT**  
[nik.gugger@parl.ch](mailto:nik.gugger@parl.ch)

### Das spricht dagegen:

- **Chaos und Unsicherheit:** Gerade in global unsicheren Zeiten ist es für die Schweiz unverzichtbar, stabile Beziehungen zur wichtigsten Handelspartnerin, der EU, zu haben. Die Initiative gefährdet den bilateralen Erfolgsweg.
- **Gefahr für Wohlstand und Gesundheit:** Ohne Zuwanderung finden Unternehmen weniger qualifizierte Arbeitskräfte, was dem Wohlstand schadet. Wartezeiten in wichtigen Bereichen wie der Gesundheitsversorgung werden noch länger.
- **Keine Lösung für illegale Migration:** Die Initiative könnte bei Ausstieg der Schweiz aus dem Dublin- und Schengen-System sogar zu mehr irregulärer Migration und zu einer höheren Zahl von Asylgesuchen führen.

«Wir wollen keine Rückkehr zum Saisonier-Status, der Familien trennte und Menschen zweiter Klasse schuf.»

MARC JOST  
Nationalrat, BE



10-MILLIONEN!

CHAOS-INITIATIVE **NEIN**

14. JUNI



WOCHENMAGAZIN FÜR LEBEN UND HOFFEN

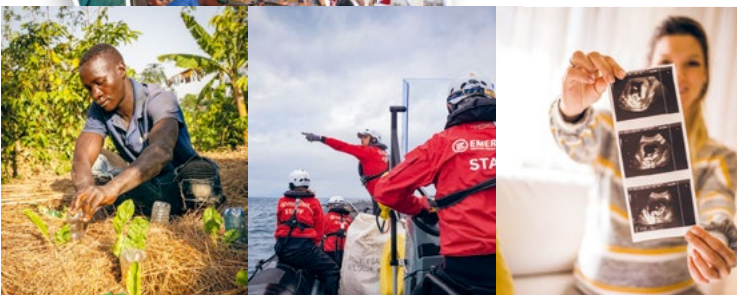
# DOPPELPUNKT

Antworten spüren, Weltbeziehungen erleben

Mit DOPPELPUNKT kommen Sie in Tuchfühlung mit dem Grösseren, weiten Ihre Sicht und nehmen mehr wahr.



Neugierig?  
Dann Abonnieren  
Sie jetzt!



## AKTUELLE TERMINE

- 1. - 19.6. Sommersession Bundesversammlung
- 14.6. Eidgenössische Volksabstimmung
- 27.6. Delegiertenversammlung
- 12.9. Delegiertenversammlung



Alle Termine auf: [evppev.ch/aktuell/termine](http://evppev.ch/aktuell/termine)

Gott sei Dank ist

FORUM CHRISTLICHER FÜHRUNGSKRÄFTE

# Montag!



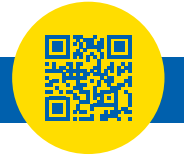
WIR SIND FORUMSPARTNER



Freitag,  
11. September 2026  
9-17 Uhr



Jetzt online anmelden!



## BUNDESFINANZEN

Das Entlastungspaket 2027 wurde deutlich reduziert, nachdem sich das Parlament immerhin auf rund 60 % der ursprünglichen Einsparungen des Bundesrats geeinigt hat. Die EVP unterstützte ein solides Paket, warnte jedoch vor übermässigem Sparen bei Umwelt, Bildung, Forschung, Soziales, IZA und ÖV – mit nur teilweise Erfolg. Wer heute Investitionen streicht, schafft morgige Schulden. Gleichzeitig sind Subventi-

onen ohne klaren Nutzen fürs Gemeinwohl zu hinterfragen. Neue Agrarzölle wurden zu Recht verworfen – Nik Gugger nannte sie eine „Schnapsidee“. Die EVP will sich auch künftig für einen nachhaltigen Mittelweg einsetzen, der es ermöglicht, die Schuldenbremse einzuhalten: gezielte Ausgabendisziplin, aber auch faire Mehreinnahmen, etwa durch eine moderate Erbschaftssteuer oder eine höhere Tabaksteuer. (mm)



Foto: Nadja Röthlisberger

## GEWÄSSERSCHUTZ

Der Gewässerschutz hat in der Schweiz Tradition – mitbegründet 1944 durch ein Postulat von EVP-Nationalrat Paul Zigerli. Heute zeigt sich jedoch ein alarmierendes Muster des Zögerns. Marc Jost warnte im Nationalrat in einer dringlichen Debatte: Fehlende Grenzwerte für hochgiftige Pestizide schwächen den Schutz massiv. Fälle wie die Wyna (LU) mit über 4000-facher Belastung oder PFAS in Seen verdeutlichen den

akuten Handlungsbedarf. Dass das Bundesamt für Umwelt unter Albert Rösti auf Grenzwerte verzichtet – nachdem der Bauernverband exklusiv (!) angehört wurde, wie Recherchen der SRF Rundschau zeigten –, ist rechtsstaatlich fragwürdig; das Bundesamt für Justiz rügte dies klar. Die EVP fordert verbindliche Grenzwerte und konsequentes Handeln zum Schutz unseres Trinkwassers und unserer Lebensgrundlagen. (mm)



Foto: Nadja Röthlisberger

## PERSPEKTIVEN DURCH ASYL-HÄRTEFÄLLE

Wer ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz lebt, kann unter bestimmten Voraussetzungen ein Härtefallgesuch stellen. National- und Ständerat sind vorerst SVP-Motionen gefolgt, die diese Frist pauschal für alle von fünf auf zehn Jahre erhöhen wollten. Das hätte Integration gebremst und Hoffnung genommen. Dank dem Einsatz von Marc Jost in der Staatspolitischen Kommission wurde der Entscheid differen-

ziert korrigiert: Für Familien mit schulpflichtigen Kindern sowie vorläufig Aufgenommene bleibt die Frist bei fünf Jahren. Für andere Asylsuchende gilt neu eine Frist von acht Jahren, nur für Sans-Papiers und abgewiesene Asylsuchende zehn Jahre. Diese Lösung bringt mehr Augenmass ins System und stärkt die Integration – besonders für geflüchtete Familien mit langfristiger Perspektive. (mm)



Foto: pixabay.com

## ANTISEMITISMUS & RASSISMUS

Rassismus und Antisemitismus nehmen in der Schweiz zu – mit spürbaren Folgen für Betroffene und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Immer mehr Menschen berichten von Diskriminierung und Hass, und antisemitische Vorfälle bleiben seit dem 7. Oktober 2023 auf hohem Niveau. Dass 28 Prozent der jüdischen Bevölkerung darüber nachdenken, das Land zu verlassen, ist erschütternd. Für die EVP ist klar: Niemand darf sich

fragen müssen, ob er wegen seiner Herkunft, seiner Religion oder seiner Identität hier noch sicher ist. Deshalb unterstützte Marc Jost als Kommissionssprecher eine Motion der Mitte-Ständerätin Marianne Binder-Keller, die die Finanzierung wirksamer Präventionsprojekte in der Schweiz langfristig sichern will. Nach dem Ständerat hat nun auch der Nationalrat die Motion deutlich angenommen und dem Bundesrat überwiesen. (mm)



Foto: parlament.ch



## ERFOLG FÜR FAMILIEN

Mit 59 % sagte der Kanton Solothurn im März klar Ja zu einer moderaten Erhöhung der Familienzulagen. Das ist ein grosser Erfolg für die EVP! Den Anstoss für die Anpassung gab Kantonsrat André Wyss mit seinem Auftrag im November 2023. Für die EVP Solothurn war die anschliessende Abstimmungskampagne eine Premiere, denn zum ersten Mal führten wir (mit der Unterstützung der EVP Schweiz) das Ja-Komitee an. Wenig Erfahrung

und bescheidene finanzielle Mittel waren unsere fünf Brote und zwei Fische – den Rest musste Gott tun. Und wie schon im gesamten Prozess, von der Einreichung bis zum Abstimmungssonntag, durften wir seine Gunst erfahren. Umso schöner war das erfreuliche Abstimmungsergebnis, die sehr guten Medienberichte und die wertschätzenden Rückmeldungen von verschiedenen Seiten. (Elia Leiser)



EVP-Kantonsrat André Wyss im Interview nach dem Abstimmungssieg.

Foto: zVg



## GEMEINDEWAHLEN

Bei den Zürcher Kommunalwahlen vom 8. März und 12. April resultiert für die EVP eine durchgezogene Bilanz. Die nationalen Abstimmungsvorlagen am 8. März mobilisierten stark an den politischen Polen und trieben die Stimmbeteiligung nach oben. In der Stadt Zürich scheiterte die EVP denkbar knapp an der 5-Prozent-Hürde – im Kreis 12 fehlten gerade 25 Listenstimmen – damit gingen alle drei Gemeinderatssitze

verloren. In Winterthur verliert die EVP trotz mehr Stimmen als 2022 einen Sitz und damit die eigenständige Fraktionsstärke. Insgesamt hält die EVP in den Zürcher Parlamentsgemeinden neu 21 Sitze (-9).

Bei den Exekutiven ergab sich ein leichter Zugewinn auf 12 Sitze (+1), darunter zwei neue Schulpräsidenten: Andrea Grossen-Aerni in Wetzikon und Antonio Ricciardi in Obfelden. (Gergey Rüegg)



Neue Wetziker Schulpräsidentin: Andrea Grossen-Aerni

Foto: grossen-aerni.ch



## WAHLDESASTER

Trotz engagiertem Wahlkampf mit 321 Kandidierenden hat die EVP bei den Grossratswahlen vier Sitze verloren. Betroffen sind Hanspeter Steiner, Philippe Messerli, René Müller und Tom Gerber. Wiedergewählt wurden Barbara Stotzer-Wyss, Katja Streiff, Simone Leuenberger, Tabea Bossard-Jenni und Melanie Beutler-Hohenberger – die EVP-Grossratsfraktion ist neu eine reine Frauenfraktion. Mehrere Resultate waren äusserst knapp.

Hauptgründe sind neben Stimmenverlusten das verzerrende Wahlsystem nach Hagenbach-Bischoff und die gesellschaftlich Polarisierung. Mit 5,1 % Stimmenanteil stünden der EVP proportional 8 von 160 Sitzen zu, effektiv erhält sie 5. Die EDU kommt mit 4,8 % auf 8 Sitze, die GLP mit 8,7 % sogar auf 15. Mit dem gerechteren «Pukelsheim»-Verfahren könnten solche Verzerrungen verhindert werden. (Philippe Messerli)



Katja Streiff · Tabea Bossard · Barbara Stotzer · Simone Leuenberger · Melanie Beutler

Die wiedergewählten EVP-Grossrätinnen.

Foto: Nadja Röthlisberger



## FRAUENTAGUNG

Am 9. Mai 2026 kamen rund 35 Frauen in Zürich zusammen – und erlebten einen Tag, der alle Frauen ermutigte und stärkte. Esther Gisler Fischer zeigte auf, was es bewirken kann, die Maske fallen zu lassen. Graziella Vespucci sprach offen über ihre Geschichte als Überlebende der Zwangsprostitution: Getragen von Jesus Christus fand sie den Weg heraus und nutzt heute ihre Stimme – für schwache Frauen. Ruth-Gaby

Vermot von «Friedensfrauen weltweit» erinnerte daran, dass Frieden nicht durch Waffen entsteht, sondern durch Zuhören, Verstehen und Durchhalten – Arbeit, die Frauen täglich leisten, oft unsichtbar. Workshops am Nachmittag halfen, diese Stärken sichtbar zu machen. Melanie Beutler-Hohenberger fasste zusammen, was den Tag prägte: «Jede von uns bringt etwas mit.» (Monika Loosli)



«Sichtbar – Mutig – Kompetent» – Titel der Frauentagung 2026.

Foto: zVg

# Wertekompass

Orientierung im Polit-Dschungel

Menschen & ihr Engagement

Einblicke ins Bundeshaus

Historische Polit-Geschichten

PODCAST «WERTEKOMPASS»

## ORIENTIERUNG IM POLIT-DSCHUNDEL – DER NEUE PODCAST DER EVP

- Politik auf Social Media ist oft kurz, laut und oberflächlich. Schlagzeilen vereinfachen, wo Differenzierung nötig wäre.
- Mit dem neuen Podcast «Wertekompass – Orientierung im Polit-Dschungel» geht die EVP Schweiz einen anderen Weg: Tiefe statt Tempo, Authentizität statt Schein. In den Fokus rückt dabei die Orientierung an beständigen Werten.

Als Werte-Partei ist es der EVP ein Anliegen, ihre Überzeugung nicht nur im Parlament zu vertreten, sondern auch in der gesellschaftlichen Debatte sichtbar zu machen. Der Podcast ist dafür ein bewusstes Instrument. «Mit dem Wertekompass wollen wir zeigen, dass Politik nicht nur aus Machtinteressen besteht – sondern dass Werte eine echte Orientierung geben können. Im Alltag, in der Politik, im Leben», sagt Parteipräsidentin Lilian Studer.

### Menschen und ihre Geschichten

Im Zentrum des Podcast stehen Menschen und ihre Geschichten. Gäste aus Politik, Gesellschaft und Wirtschaft erzählen, was sie antreibt – und welche Werte dahinterstehen. Nicht

immer sind es EVP-Mitglieder. «Ich freue mich besonders auf Gäste, die sich aus einer grossen inneren Leidenschaft für ein Thema engagieren – das sind manchmal weniger bekannte Gesichter, aber Menschen, die wirklich etwas bewegen», sagt Podcast-Host Dominic Täubert. Jüngerer Publikum erschliessen Der Podcast ist auch strategisch ein wichtiger Schritt für die EVP: Er erschliesst ein jüngeres Publikum, das sich für Politik interessiert, aber noch wenig Vorwissen mitbringt. Sie sollen einen Zugang zur EVP erhalten und von den Geschichten zu eigenem Handeln inspiriert werden. Um professionelle Produktionsqualität sicherzustellen, hat die EVP Schweiz in ein eigenes kleines Studio investiert. Rund 10

aufwändig produzierte Episoden erscheinen pro Jahr auf allen grossen Podcast-Plattformen und Ausschnitte daraus als Kurzvideos auf Social Media – und erweitern damit die Reichweite der EVP deutlich über die bisherigen Kanäle hinaus.

### Portraits, Bundeshaus und Politik-Geschichte

Die Episoden des Podcast lassen sich in drei Kategorien unterteilen. In den Hauptfolgen werden spannende Persönlichkeiten, ihr Leben und Wirken portraitiert. Regelmässig zu den Sessions des nationalen Parlaments erhalten Hörende zudem aktuelle Einblicke hinter die Kulissen des Bundeshauses aus der Perspektive der EVP. Hin und wieder ergänzt wird der Podcast durch

Episoden über historisch prägende Kapitel in der Schweizer Politik.

### Jetzt Reinhören!

Neben der Intro-Episode mit Lilian Studer und Dominic Täubert sind bereits drei Episoden erschienen, wovon zwei als schriftliche Auszüge auch in dieser Zeitung wiedergegeben wurden (siehe S. 5 und S. 6-7): Millionär und Aktivist Guido Fluri über seine Kindheit in Armut und seine Internet-Initiative, alt Nationalrat Heiner Studer, der als «Vater des Tatbeweises» die Geschichte des Zivildienstes rekapituliert, sowie Nationalrat Nik Gugger über seine aktuellen Erfolge in der Sondersession. (dt)

Den Podcast abonnieren und alle Episoden anhören: [polit-dschungel.ch](http://polit-dschungel.ch)

